

Die Zukunft bewältigen: Bürgerschaftliches Engagement und Seniorengenossenschaften

Vortrag Loring Sittler in Meißen am 30.11.2013, Tagung Senioren(stützende)genossenschaften

Gestatten Sie mir zwei kurze Vorbemerkungen, bevor ich direkt ins Thema einsteige:

Als Leiter des Generali Zukunftsfonds bin ich dafür zuständig, die gesellschaftliche Verantwortung des Unternehmens Generali Deutschland Holding AG zu verwirklichen. Wir sind davon überzeugt, dass alle Unternehmen eine Verantwortung zu übernehmen haben, die weit darüber hinaus geht, die Gesetze einzuhalten, Steuern zu zahlen, Arbeitsplätze zu bieten und gute Produkte oder Dienstleistungen zu liefern. Wir als Unternehmen brauchen eine funktionierende Gesellschaft und damit auch ein Mindestmass an Wohlstand und gesellschaftlichem Zusammenhalt. Und dazu trägt der Generali Zukunftsfonds seinen Teil bei. Als Nebensatz sei mir der Einwurf gestattet, dass ganz viele Unternehmen in Deutschland ihre gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen: Nach dem Engagementbericht der Bundesregierung haben die Unternehmen in Deutschland in einem Jahr mehr als 11 Milliarden Euro in den gemeinnützigen Sektor gegeben – zum großen Teil leider unsystematisch. Da arbeiten wir also noch dran.

Unter dem Motto „Der demografische Wandel – unsere gemeinsame Herausforderung“ bemühen wir uns um mehr Zusammenarbeit zwischen den Sektoren Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, wir veröffentlichen wissenschaftliche Studien (zuletzt die Generali Altersstudie, aber auch die hier vorgestellte Senio-Koop-Studie der Innova) und wir fördern auch Projekte, die die Professionalisierung des Ehrenamts weiter voranbringen. Daher ist es mir eine besondere Freude, heute hier sprechen zu dürfen.

Eine zweite Vorbemerkung ist notwendig: Es wird schon sehr lange darüber gestritten, ob in Zeiten des knappen Geldes der Staat ausfällt, sich aus der Daseinsvorsorge zurückzieht und dann auf einmal die Bürger einspringen sollen mit freiwilligem Engagement, sozusagen als Lückenbüsser. An dieser Diskussion ist alles falsch. Machen Sie sich bitte klar, dass wir ein Menschenbild im Grundgesetz haben, das sich auch in Artikel 1 des Grundgesetzes widerspiegelt: Der einzelne ist ein freies Subjekt – er kann und soll selbst bestimmen, was er tun und lassen will. Er ist auch ein Sozialwesen und daher gemeinschaftsgebunden und Einschränkungen unterworfen, die nötig sind, um das Gemeinwohl zu sichern, zum Beispiel des Gewaltmonopol des Staates bei der äusseren und inneren Sicherheit. Grundsätzlich aber gilt das Subsidiaritätsprinzip: Was die Menschen vor Ort selbst regeln können, daran soll sie keiner hindern. Daher stammt auch die kommunale Selbstverwaltung, ein hohes und immer wichtiger werdendes Gut. Wenn es in diesem Gemeinwesen einen „Lückenbüsser“ gibt, dann ist es der Staat: Nur dort, wo der Einzelne oder die kleinen Gemeinschaften es nicht in Selbsthilfe schaffen, sich selbst zu versorgen, soll er einspringen und dann auch nur mit Hilfe zur Selbsthilfe. Wir brauchen keinen Obrigkeitsstaat, wir brauchen den Freiheitsermöglicher. Daran muss erinnert werden, wenn wir die Rolle des bürgerschaftlichen Engagements in der Gesellschaft richtig einordnen wollen: Im bürgerschaftlichen Engagement bringt der einzelne sich in Gemeinschaften gestaltend ein, das ist das Herz der Bürgergesellschaft und das pochte auch ganz gut, wie man an Ihrer Arbeit auch anschaulich sehen kann.

Ich komme damit zur kurzen, konkreten Informationen zum Demografischen Wandel in Deutschland::

Der oft zitierte – und zumeist gemeingefährlich verharmlosende – Satz, dass wir „weniger und älter werden“ greift erheblich zu kurz.

Folgende grundlegende Zahlen sollten jedem zu denken geben:

- Bis 2030 wird die Zahl der 20- bis 65-jährigen Erwerbsfähigen um 6,3 Millionen sinken. Schon heute bleiben mehr als 100.000 Ausbildungsplätze unbesetzt.
- im selben Zeitraum wird die Zahl der 60- bis 64-Jährigen um 1,6 Millionen steigen,
- die Zahl der über 65-Jährigen wird um 5,5 Millionen zunehmen.
- Dementsprechend verläuft die Entwicklung beim Verhältnis der aktiv in den Sozialversicherungsträgern Versicherten zu der Anzahl an Rentnern: 1960 kamen statistisch 3,9 Erwerbstätige auf einen Rentner, 1990 nur noch 2,3 und im Jahre 2012 lag das Verhältnis bei 1,8 zu 1 - und es wird sich wegen der niedrigen Geburtenrate weiter deutlich verschlechtern.

Das kann nach Adam Riese nicht gut gehen: Wie soll den ein einziger Arbeitnehmer eine komplette Rente bezahlen? Niemand hat eine Patentlösung für die Zukunft der gesetzlichen Rentenversicherung. Dasselbe gilt für die Pflegeversicherung. Bis 2050 wird sich die Zahl der Pflegebedürftigen glatt verdoppeln. Und gleichzeitig schrumpft das sogenannte „informelle Pflegepotential“: Heute noch werden 70% aller Pflegeleistungen zu Hause erbracht. Vorwiegend ältere Frauen erbringen diese gewaltigen Leistungen im Unsichtbaren, schlecht bezahlt mit Pflegegeld und ohne gesellschaftliche Anerkennung, zumeist pausenlos. Diese Leistungserbringer wird es in einigen Jahren einfach nicht mehr geben, weil sie nicht unsterblich sind – und es folgen Ihnen auch nicht andere nach, weil diese nicht geboren wurden. Eine Lösung ist nicht absehbar, aber eines ist sicher: Mehr stationäre Pflegeheime wird niemand bezahlen und schon heute fehlen mehr als 25.000 professionelle Altenpflegekräfte, also fehlt neben dem Geld auch das qualifizierte Personal. Auch bei der Vereinbarkeit von Familie und Pflege gibt es untragbare Verhältnisse: Rund 2,1 Millionen Erwerbstätige pflegen ihre Angehörigen zuhause mit durchschnittliche 28 Stunden pro Woche – das kann nicht gut gehen – und dennoch ist auch keine einfache Abhilfe möglich, denn sie sind auf ihren Verdienst angewiesen und viele bekommen auch kein Pflegegeld, weil die strengen Maßstäbe zur Bewilligung sehr viele Rentner von einem möglichen Bezug ausschließen: Es besteht also eine immer größer werdende Versorgungslücke vor der Anerkennung der Pflegestufe, nicht nur bei dem betreuenden Personal, sondern auch bei der Bezahlung.

Schauen wir uns das Bildungssystem an: Obwohl wir einen Riesenmangel an Fachkräften haben, leisten wir uns seit Jahrzehnten den Luxus, fast 10 Prozent eines Jahrgangs zu verlieren: So viele brechen die allgemeinbildende Schule ab ohne Abschluß. Und nach Aussage der IHK gibt es bei den Schulabgängern nochmal 20 Prozent ausbildungsunfähige obendrauf. Schon im letzten Jahr sind mehr als hunderttausend Ausbildungsplätze unbesetzt geblieben. Wer von Ihnen glaubt, dass das Schulsystem aus sich heraus die Qualität erreichen wird, die wir für unsere gemeinsame Zukunft brauchen? Auf diese Frage hat noch nie jemand „Ja!“ geantwortet.

Als Ergebnis können wir zusammenfassen: Die herkömmlichen Sozialsysteme und die herkömmliche Politik sind dieser Herausforderung nicht gewachsen. Und mehr staatliches Geld wird es auch nicht geben, da wir die Schuldenbremse im Grundgesetz vorgesehen haben. Und die ist richtig, weil wir einen Rest an Generationengerechtigkeit auch noch beachten müssen. Jetzt kommt es darauf an, alle gesellschaftlichen Ressourcen zu mobilisieren. Wir sehen im bürgerschaftlichen Engagement (und das Engagement der Genossenschaften ist als bürgerschaftliches Engagement zu werten!) eine ganz besondere und besonders leicht zu mobilisierende Energie – und sie leistet schon heute sowohl beim Wohnen, als auch bei Pflege- und Betreuung sowie bei Bildung gewaltige Dienste: Die Vielzahl der nicht genossenschaftlich organisierten Projekte ist inzwischen unüberschaubar: Es gibt zahllose Patenschafts- und Mentoringprojekte, die gute Dienste leisten. Aber sie alle kommen nicht gegen den großen Strom an.

Kommen wir zur einem weiteren Aspekt der schonungslosen Schilderung der Ausgangslage:

Verlängerung der Lebensarbeitszeit tut not!

Das durchschnittliche Renteneintrittsalter liegt in Deutschland gerade bei 61 Jahren. Wenn wir die Rente mit 67 bis 2029 endgültig eingeführt haben, steht den stetig steigenden Rentenbezugsdauern eine schneckengleich langsame Erhöhung des Renteneintrittsalters und damit keine wirkliche Verlängerung der aktiven Lebensarbeitszeit gegenüber. Da ist es nur vollkommen richtig und im wahrsten Sinne des Wortes „not-wendig“, dass der Gesetzgeber die Heraufsetzung des Renteneinstiegs von 65 Jahren auf 67 Jahre beschlossen hat. Typisch deutsch dabei: Die Erhöhung erfolgt in fast homöopathisch zu nennenden Kleinstdosen und wird auf 18 Jahre verteilt, bis sie endgültig wirksam wird.

Es gibt renommierte Wissenschaftler, die schon jetzt sagen, dass die bis 2029 voll wirksam werdenden zwei Jahre Mehrarbeit durch die bis dahin gestiegene durchschnittliche Lebenserwartung um drei Jahre mehr als kompensiert werden. Die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben der Rentenversicherung geht also ein bisschen zu, aber auch wieder ein Stückchen auf. Die Folge: Es wird weitere Verlängerungen der Lebensarbeitszeit, möglichst freiwillig, geben müssen. Dies gilt umso mehr, als niemand wirklich wollen kann, dass die schon heute horrend hohen Sozialabgaben immer weiter steigen – auf mehr als die aktuell vorgesehenen gesetzlichen Grenzwerte von 20 Prozent bis 2020 bzw. 22 Prozent bis 2030. Ein Experte hat bei einer Fachveranstaltung der Deutschen Gesellschaft für Demografie am 15.10. in Bonn exakt vorgerechnet, dass bis 2060 die Rente auf 41 % der Bruttobezüge weiter gesenkt und die Beitragssätze auf mehr als 27% gesteigert werden müssten. Wer will das und wer kann das aushalten?

Und doch wissen wir alle, dass das bestehende paritätisch bezahlte Rentensystem, bei dem die sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer und die Arbeitgeber zu gleichen Teilen die Renten bezahlen, heute schon überfordert ist und nur mit einem jährlichen Bundeszuschuss in Höhe von 60 Milliarden Euro aufrechterhalten werden kann. Dass dabei die Rücklage der Rentenversicherung in Höhe von 1,2 Monatsausgaben als „Nachhaltigkeitsrücklage“ bezeichnet wird, ist angesichts der aufgezeigten demografischen Entwicklung nicht mehr als ein schlechter Witz. Und wenn Herr Altmeier im Fernsehen verkündet, die neu zu schaffenden Mütterrenten könnten aus den Überschüssen bezahlt werden, ist das ein weiterer Beweis für die politisch kultivierte Kurzsichtigkeit der Mehrheit unserer Politiker. Dass Herr Schäuble im Fernsehen auf die Bezahlbarkeit der neuen Rentenleistungen (Mütterrente, aber auch abschlagsfreie Rente mit 63 bei 45 Versicherungsjahren) angesprochen, antwortet: IN dieser Legislaturperiode schaffen wir das, spricht Bände. Das Motto lautet: Nach uns die Sintflut. Das ist keine verantwortliche oder gar nachhaltige Politik. Und daran krankt das ganze System: Jeder auf seinen kurzfristigen Besitzstand behaarend und immer nur kurzfristig auf vier Jahre fixiert. Ich will keine Politikerschelte betreiben - wir haben die Politiker, die wir verdienen. Und das ist hart.

Alter und Rentenniveau – großer Handlungsbedarf!

Gleichzeitig wird das Rentenniveau auf weniger als 50 Prozent des Bruttolohns gesenkt – und sinkt in Folge des demografischen Faktors weiter auf 43% ab. Dann ist für viele nicht einmal mehr eine Grundsicherung vorhanden. Denn nicht nur der gesetzliche Anspruch wird für alle gesenkt, auch die individuellen Rentenansprüche sinken durch unterbrochene Erwerbsbiografien, Minijobs oder andere prekäre Beschäftigungsverhältnisse, die in den letzten Jahre erheblich zugenommen haben. Und obwohl die meisten Westdeutschen weitere Einnahmequellen im Alter haben (Betriebliche Altersversorgung, private Lebensversicherungen und Wohneigentum) gilt dies nicht für die Geringverdiener und auch nicht für die meisten Ostdeutschen. Die Altersarmut ist also programmiert für wachsende Bevölkerungsanteile – und das könnte für den sozialen Frieden in Deutschland sehr gefährlich werden.

Und damit kommen wir zur Frage: Wie reagieren die einzelnen Sektoren Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft auf diese absehbare und unumkehrbare Entwicklung? Ich meine allesamt unzureichend. Lassen Sie mich das nur an einigen symptomatischen Beispielen erläutern:

Wir beginnen mit dem Bereich Politik und Staat:

Manche meinen, wir könnten durch eine stärkere Einwanderung den Fachkräftemangel beheben. Das gelingt nicht, selbst nicht, wenn die extrem hohe Zuwanderungsquote von 2012 (es waren netto über 300.000 Zuwanderer) erneut erreicht wird: Die Qualifikationen passen nicht so ohne weiteres und es gibt immer noch einen großen Teil Armutszuwanderung aus Rumänien und Bulgarien (zuletzt 70.000), die den Gemeinden voll zur Last fällt. Zur Zeit vergrößern wir mit einer konzeptionslosen Einwanderungs-politik noch unsere Probleme. Und hochqualifizierte Kräfte, die wir haben wollen, kommen nicht in ausreichender Zahl. Selbst wenn wir die Erwerbsquote der Frauen steigern und wider Erwarten besser Bildungsabschlüsse erreichen, werden wir den starken Rückgang der Erwerbsfähigen nicht ausgleichen, sondern nur abmildern.

Obwohl wir wissen, dass Altersarmut droht, schaffen wir es nicht, die automatische Beendigung von Arbeitsverhältnissen bei Beginn des sog. Renteneintrittsalters zu verhindern und zumindest diejenigen, die können und wollen, unproblematisch länger arbeiten zu lassen. Dabei geht die Handlungsaufforderung in diesem Fall gar nicht an den Gesetzgeber: Das Rentenrecht sieht das Regeleintrittsalter in die Rente lediglich als Kann-Bestimmung vor, die Altersgrenze dient nur dazu, die Abschlagsfreiheit der Rentenansprüche zu garantieren. Wer früher geht, nimmt Abschläge in Kauf (das machen erstaunlich viele!), wer länger arbeitet, kann seine Rente um jährlich 6% verbessern. Zeigen Sie mir doch eine Kapitalanlage, in der das heute noch möglich ist. Wie lange wollen und können wir es uns noch leisten, dieses Arbeitspotential der Älteren ungenutzt liegenzulassen? Und eine ganze Menge von Älteren, das bestätigen FORSA-Umfragen, sind bereit, länger zu arbeiten.

Wir haben ein ganz großes gesellschaftliches und negatives Vorurteil über das Alter. Die Fachleute sprechen vom defizitorientierten Altersbild. Ein stereotypes und negatives Vorurteil über Ältere: Assoziiert wird mit Alter geistiger und körperlicher Verfall, soziale Isolierung, Unbeweglichkeit, kurzsichtiger Egoismus. Dementsprechend will niemand alt sein. Diese negative Einstellung hat schwerwiegende gesellschaftliche Folgen und geht auch nicht spurlos an den alternden Menschen vorbei. Deswegen hat die Politik bei der Lebensarbeitszeit einen gewaltigen Fehler gemacht: die finanzielle Begünstigung von Altersteilzeit. Nur um mal die Dimensionen zu verdeutlichen, die solche Schritte kosten: Die Arbeitsagentur hat in den letzten Jahren Zuschüsse von 7,2 Milliarden pro Jahr gezahlt. So wurden massenweise Arbeitnehmer auch auf unsere Kosten in den vorgezogenen Ruhestand abgeschoben. Da konnten dann jüngere nachrücken, hieß es. Viele behaupten, dieser Vorgang wäre auch ohne staatliche Hilfe passiert. Immerhin hat man diesen Fehler inzwischen bereinigt. Wenn die Politik das Problem aber wirklich politisch adressieren würde, müssten wir es heute umgekehrt machen: Die Unternehmen belohnen, die Ältere weiterbeschäftigen. Doch das wird nicht mal diskutiert. Stattdessen steht die Halskette der Kanzlerin und der Mittelfinger des Kandidaten im Mittelpunkt des Wahlkampfes. Ich verstehe nicht, warum in vielen TV-Runden weder die Zuschauer noch die Journalisten entsprechend scharfe Fragen zur demografischen Herausforderung gestellt haben. Allerorten Friede, Freude, Eierkuchen und Scheinkämpfe auf Nebenkriegsschauplätzen. Zum Heulen!

Durch die Generali Altersstudie haben belegt, wie es sich wirklich mit der Generation zwischen 65 und 85 verhält und dass ein realitätsgerechtes Altersbild anders aussieht: Diese Generation ist durch folgende Merkmale zu kennzeichnen:

- die dichte soziale Vernetzung der Generation der 65- bis 85-Jährigen: Das Bild von der Vereinsamung im Alter wird zum großen Teil von den Älteren selbst nicht so gesehen.
- die hohe Mobilität: Selbst die 80- bis 85-Jährigen sind an vier von sieben Tagen unterwegs, rund ein Viertel dieser Altersgruppe fährt mehrmals pro Woche oder häufiger Auto.
- das hohe bürgerschaftliche Engagement außerhalb der Familie: Es ist mit 45 Prozent höher als bisher angenommen. Selbst bei den 80- bis 85-Jährigen ist der Anteil mit 29 Prozent sehr hoch. Und dieses Engagement wird durch Engagement in der Familie noch wesentlich erhöht. Wenn man die Zeit hochrechnet, die die Älteren in und ausserhalb der Familien als Dienstleister einbringen, dann kommt man auf erstaunliche 2,24 Millionen Vollzeitarbeitsplätze: Ein solches Beschäftigungsprogramm könnte niemand bezahlen.

- der erhebliche Anteil der jetzt engagierten Älteren, die im Leben bisher nicht oder schwach engagiert waren: Die weit verbreitete These von der kontinuierlichen Engagementbiografie muss somit differenziert betrachtet werden – auch im Alter entstehen neues Engagement sowie eine hohe Engagementbereitschaft.
- das Fehlen eines Gruppenegoismus bei den Älteren: Es ist das Interesse der Älteren erkennbar, die soziale Ungleichheit innerhalb ihrer Generation und zwischen den Generationen zu verringern und sich für nachfolgende Generationen zu engagieren.
- Auch die materielle Situation ist bei den Alten heute noch als gut zu bezeichnen: Mit einem durchschnittlichen Haushaltseinkommen von 2.200 Euro stehen sie sehr gut da, auch wenn es dabei natürlich erhebliche Unterschiede zwischen reich und arm gibt. Keine Generation war reicher, gesünder, fitter, besser gebildet als die jetzigen Alten.

Lassen Sie uns jetzt kurz auf die Reaktionen des Gemeinwesens auf diese demografische Herausforderung eingehen.

Fangen wir unten an, auf einer Ebene, die jeder täglich erlebt:

Die meisten Kommunen (dort findet das Engagement statt!) in Deutschland sind strukturell stark unterfinanziert.

Sie haben ständig mehr Aufgaben und damit Ausgaben als Einnahmen. Insbesondere die Sozialausgaben nehmen stetig zu, aber nicht die Einnahmen. Dies ist ein unhaltbarer Zustand, zu dessen Behebung es sicher keine einfache Lösung gibt. Eine sicherlich nicht wahnsinnig ertragreiche Teillösung könnte in der Aufhebung des sogenannten „Kooperationsverbots“ im Grundgesetz liegen, das dem Bund die Förderung von Kommunen verbietet. Aber auch hier sind mit der Schuldenbremse und der Schwierigkeit von Steuererhöhungen ganz enge Grenzen gesetzt. Eine Folge dieser finanziellen Notlage ist es, dass finanzschwache Kommunen vollkommen kurzsichtig und kontraproduktiv gezwungen sind, an sämtlichen Ausgaben sparen, auch an solchen, die volkswirtschaftlich sinnvollen Mehrwert schaffen, beispielsweise das bürgerschaftliche Engagement. Selbst in den Gemeinden, in denen es sog. Stabsstellen und Förderprogramme für bürgerschaftliches Engagement gibt, drohen Kürzungen, weil die Decke eben zu kurz ist und das ganze als „freiwillige Leistung“ gilt, die nicht unbedingt zur Daseinsvorsorge gehört. Das ist ein gewaltiger und kurzsichtiger Fehler. Aus meiner persönlichen Sicht, ist das Vorhalten einer Engagementinfrastruktur ebenso notwendig, wenn nicht notwendiger (!) als das Vorhalten von Kindergärten und Altenheimen – und es ist nicht einzusehen, warum das keine kommunale Pflichtaufgabe sein soll. Und eines muss man sich merken: Das freiwillige Engagement fällt nicht wie Manna vom Himmel, es muss gehegt und gepflegt werden. Und wie schwierig es ist, eine Genossenschaft zu gründen, brauche ich Ihnen nicht zu sagen.

Der Zusammenhalt der Gesellschaft in den Kommunen lässt nach. Die Heterogenität der Lebensverhältnisse innerhalb von Kommunen, also in den einzelnen Stadtteilen, und erst recht im Vergleich zwischen unterschiedlichen Kommunen zwischen Stadt und Land nimmt ständig zu. Gerade die weitere Entvölkerung ganzer ländlicher Regionen muss uns große Sorgen machen. Die im Grundgesetz noch vorgesehenen „gleichwertigen Lebensverhältnisse“ werden zwar auch von der Bundesregierung in der kürzlich verabschiedeten Demografiestrategie und auch jetzt wieder im neuen Koalitionsvertrag beschworen: Sie sind aber schon heute einfach nicht mehr gegeben – und auch nicht in Sicht, im Gegenteil. Aber keiner will darüber reden, weil eine Offenheit zu diesem Thema mit der Aussicht bestraft werden könnte, die nächste Wahl zu verlieren. Aber Nicht-Handeln ist auch Handeln: Hier wird ein lebenswichtiges Element unseres bisherigen Sozialstaats, die Gewährleistung einer gleichwertigen Daseinsvorsorge, durch Schweigen und Nichtstun in ein privates Risiko verwandelt: Die alten Leute, die auf dem Land leben wollen, in ihren angestammten Gemeinden, sind die gekniffenen. Sie müssen sich also selbst helfen bzw. die Zivilgesellschaft muss so gestärkt werden, dass sie sich gegenseitig helfen können. Und damit sind wir bei dem langfristigen Ziel, das wir anstreben müssen: Die Stärkung der Selbstorganisations-fähigkeit in den Quartieren und kleinen Kommunen.

Bei den Pflege- und Betreuungsleistungen gibt es ein selbst für Fachleute kaum zu durchschauendes Dickicht zwischen Leistungsansprüchen an die gesetzliche Krankenversicherung, Pflegeversicherung und an die Eingliederungshilfe – und jeder Akteur ist bemüht, seine eigenen Ausgaben zu sparen und dafür die jeweils anderen Leistungsträger zu belasten. Dieser Verschiebeparkplatz findet dann auch zwischen Kommunen und dem Bund statt, weil jeweils andere Zuständigkeiten und Zahlungspflichten besteht. Und dementsprechend segmentiert ist auch das System, das darauf reagieren muss: Der Wohnungswirtschaft agiert alleine und viel zu wenig auf die Erfordernisse des altersgerechten Umbaus, ein entsprechendes Bundesprogramm von 900 Millionen wurde zunächst ganz gestrichen, jetzt soll es mit kleinen Zuschüssen wiederkommen – dabei sind nur ganz 2 % der Wohnungen in Deutschland altersgerecht umgebaut: Wie sollen da mehr Menschen länger verbleiben können? Das Wohlfahrtssystem wird staatlich subventioniert und funktioniert noch ganz gut – den künftigen Anforderungen ist es nicht mehr gewachsen, nicht nur weil es zu wenig hauptberuflich qualifizierte Altenpfleger gibt, sondern auch noch erhebliche Probleme mit der Gewinnung von Ehrenamtlichen bestehen.

Und an Bundesmitteln, die den Kommunen in einem anderen Bereich helfen sollten, wird dann auch noch großzügig gekürzt, wie zuletzt am Programm „Soziale Stadt“. Dieselbe Kurzsichtigkeit und Organisationsegoismus, also immer nur isoliert und in eigener Regie handeln bzw. fördern, gilt übrigens auch für die Förderpolitik der meisten Unternehmen und Stiftungen. Diese Krankheit nennen wir Projektitis, geheilt wird dabei niemand. Der übergreifende, der ganzheitliche und nachhaltige Ansatz und die Kooperation, die fehlen. Das politische wie das wirtschaftliche System kämpfen mit einem nie dagewesenen schlechten Ansehen, insgesamt fehlt es an politischer Legitimation. Wir sind weit von Weimarer Verhältnissen entfernt. Aber die Parole: „Wehret den Anfängen!“, die gilt auch heute noch oder schon wieder.

Dort, wo einerseits das Risiko wächst, gedeihen zum Glück aber andererseits auch Chancen. Wir haben in Deutschland glücklicherweise eine breite Bewegung des bürgerschaftlichen Engagements und wir haben seit vielen Jahren eine stetig wachsende Genossenschaftsbewegung, in der mehr als vier Millionen Leute Mitglied sind. Mehr als 23 Millionen Menschen engagieren sich freiwillig in Deutschland. Wir haben den gewaltigen Umfang des informellen Engagements von Personen zwischen 65 und 85 Jahren in der Ende November erscheinenden **Generali Altersstudie** nachgewiesen: 45 % der Älteren engagieren sich außerhalb der Familie: wenn man diese Zeit auf Vollzeitstellen umrechnet, kommen 870.000 Stellen dabei heraus – ergänzt wird das außerfamiliäre Engagement durch Engagement in der Familie: Allein für Kinderbetreuung bringen die Älteren einen Arbeitswert von 1,4 Mio Vollzeitstellen auf. Man müsste mal den volkswirtschaftlichen Wert berechnen, der damit kostenlos eingebracht wird und zahllosen Eltern erst ihre Erwerbsarbeit ermöglicht. Hinzu kommen regelmässige finanzielle Hilfen der älteren Eltern an ihre Kinder und Enkel: Fast 10 Mrd Euro pro Jahr (ohne Geschenke und Erbschaften!) . Das ist fast soviel, wie alle Unternehmen in Deutschland zusammen für den gemeinnützigen Sektor bereitstellen.

Wie schon in den letzten Freiwilligensurveys behauptet, fanden wir auch bei den älteren Engagierten eine erhebliche Bereitschaft, ein neues Engagement aufzunehmen oder das bestehende zu erweitern. Aber sie wollen konkret gefragt werden. Und ihr Wunsch nach Mitbestimmung und Autonomie muss natürlich auch berücksichtigt werden.

In der Rechtsform der Genossenschaft haben wir im Übrigen eine ideale Form für die Institutionalisierung des sozialräumlichen Konstrukts „sorgende Gemeinschaft“, die als Zivilgesellschaft in dieser Form handlungsfähig und zum Treiber gemacht werden könnte. Quartiersgenossenschaften oder Generationengenossenschaften könnten den anderen „versagenden“ Akteuren in Politik und Verwaltung, aber auch bei den Unternehmen und Stiftungen auf Augenhöhe ihre Forderungen nach einer ganzheitlichen gesellschaftlichen Entwicklungsstrategie einbringen – wenn sie nur ein anderes Selbstbewusstsein hätten und die eigene Rolle besser verstehen und glaubhaft einnehmen würden. Getreu dem Subsidiaritätsprinzip sind wir die Bürger, die sich selbst organisieren müssen. Aber eine solche Zusammenarbeit ist natürlich schwierig und voraussetzungsvoll, sie fällt nicht vom Himmel, sondern muss in den entsprechenden Ermöglichungsstrukturen aufgebaut werden. Und dafür braucht es wieder personelle Ressourcen – die sind heute nicht da, da sie sich fast alle in einer Überzahl von Projekten verschleifen und gar keine Zeit oder Energie haben, sich gesamtgesellschaftliche Fragen zu stellen oder gar eine längerfristig wünschenswerte Entwicklung zu überlegen. Vor

lauter Hamsterrad verlieren wir unsere eigene Perspektive. Wenn wir als Zivilgesellschaft aber keine Perspektive haben: Wer soll sie denn erzeugen. Das glaubt doch keiner, dass die Politik oder die Wirtschaft das ernsthaft bringen könnten.

Die bestehende Unübersichtlichkeit der zivilgesellschaftlichen Organisationen muss überwunden werden!

Und sehen Sie sich doch die Verhältnisse in der Zivilgesellschaft an: Wir haben in den Wohlfahrtsverbänden Riesenkonzerne, die größten Arbeitgeber Deutschlands.

- Sie teilen sich ihr gemeinsames Monopol an parastaatlicher Wohlfahrtspflege untereinander auf,
- sie achten hauptsächlich darauf, dass ihre Pfründe für weiteres hauptamtliches Personal und Sachmittel nicht geschmälert werden,
- sie konkurrieren untereinander um knappes Geld und auch um „Kunden“
- gleichzeitig haben sie aber erhebliche Probleme, die noch immer notwendigen Ehrenamtlichen (vorwiegend Senioren) zu gewinnen und an sich zu binden, weil sie nicht flexibel genug auf deren Wünsche eingehen. Sie stellen aber – das muss man anerkennen – nach wie vor die größten Engagementbereiche dar mit hunderttausenden von Ehrenamtlichen.

Mehr gemeinsam wirken ist für alle Akteure angesagt!

Daneben gibt es inzwischen eine Vielzahl von kommunalen Strukturen, privaten Initiativen, Bürger- und andere Stiftungen, Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros, Mehrgenerationenhäuser, Stadtteilbüros, Senioren- und andere Genossenschaften und auch Unternehmen mit CSR-Programmen, Social Entrepreneurs und vieles andere mehr: Ein Wirrwarr zumeist subventionierter bzw. mit Steuervorteilen versehender oder/und mit Spenden finanzierter Einzelakteure, die sich ebenso wie die Wohlfahrtsverbände und konkurrierend zu ihnen untereinander Konkurrenz um Zielgruppen, Geld und Aufmerksamkeit – sowie auch um die begehrten Senioren – machen. Dieses Wirrwarr ist auch Ergebnis einer stark segmentierten Förderlandschaft mit einer ebenso segmentierten Vorgehensweise der einzelnen Akteure:

Wir brauchen weniger isolierten, caritativen Aktivismus und mehr transsektorale und strategische Kooperation!

Die Politik macht das, was sie will, mit Partnern, die sie sich aussucht. Unternehmen folgen ihren Partikularinteressen und verbinden diese mit Einzelprojekten. Einige zivilgesellschaftliche Organisationen degenerieren zum Selbstzweck, sie sind eifersüchtig auf ihre Selbstständigkeit bedacht, konkurrieren untereinander und gönnen sich oft gegenseitig erzielte Erfolge nicht. Das ist keine gute Grundlage für einen effektiven sozialen Wandel, den wir auch und gerade in den Kommunen dringend brauchen. Also muss es die Aufgabe von wichtigen Playern sein, mehr systematische und strategische Zusammenarbeit zwischen den Sektoren und innerhalb der Sektoren anzustiften, d.h. gemeinsame Zielfestlegung, gemeinsame Instrumente festlegen und den jeweiligen Beitrag jeden Akteurs mit Zeitkorridoren und Meilensteinen und regelmässige Zielkontrolle. Wer da nicht mitspielen mag, soll es lieber lassen. Das klingt jetzt aller schrecklich geschäftsmässig, da werden gleich einige warnen vor der Ökonomisierung des Engagements. Keineswegs: Es ist wirksames Handeln angesagt, bessere Ressourcenallokation auch im Sinne der Beteiligten: Wie kann ich meine Energien möglichst wirksam einsetzen und dann auch Erfolge sehen. Die Hauptmotivation für Engagement ist übrigens die sog. Selbstwirksamkeit. Und hier sind als Akteure die Genossenschaften in einer gesellschaftlichen Rolle zu sehen, die kaum ein anderer einnehmen kann. Ich behaupte, die **Genossenschaften müssten als Herzkammer der Zivilgesellschaft sich selbst zum Motor und Treiber eines alle Bereiche umfassenden sozialen Wandels machen. Sie könnten handlungsfähige Träger einer regionalen Demografiestrategie werden, denn sie haben die richtigen Prinzipien:** Identitätsprinzip, Demokratieprinzip, Solidarprinzip und Förderprinzip: Wir brauchen jedes einzelne davon und zwar dringend.

Das gemeinsame Wirken, das ich fordere, nennen die Amerikaner „collective impact“. Da gibt es ein hervorragendes Beispiel aus Cincinnati in Ohio: Der systematische Zusammenschluß aller Akteure hat zu nachhaltigen Erfolgen bei der Senkung der Abbrecherquote an Schulen geführt. Das gelingt aber nur, wenn alle an einem Strang und in dieselbe Richtung ziehen. Vielerorts wird das bereits erfolgreich umgesetzt. Das sind mühsame Koordinierungsarbeiten, aber sie sind entscheidend für einen wirksamen Veränderungsprozess.

Wir brauchen mehr Transparenz und Wissensmanagement!

Entscheidende gesamtgesellschaftliche Mängel bestehen allerdings weiter: die fehlende Transparenz und ein mangelhaftes Wissensmanagement. Und eine fast unmöglich zu erreichende transsektorale Kooperation: Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft müssen ihre Kräfte bündeln und könnten gemeinsam wesentlich wirksamer werden – die vorhandenen Mittel nicht durch Konkurrenz vergeuden, sondern wirksam einsetzen. Viele Initiativen scheitern oft an vielfältigen Widerständen einzelner Verbände oder Behörden oder an mangelhafter Finanzierung, insbesondere nach Auslaufen der öffentlichen oder privaten Förderung. So werden mit absehbarer Sicherheit auch viele Mehrgenerationenhäuser nach dem Ende der Bundesförderung sang- und klanglos untergehen.

Immer wieder wird das Rad von neuem erfunden, obwohl es eine Vielzahl erfolgreicher ähnlicher Projekte, aber eben meist an anderen Orten gibt, die keiner der Aktivisten kennt. Von anderen zu lernen statt die eigenen Grillen zu verfolgen, ist essentiell wichtig für das freiwillige Engagement, auch in den Genossenschaften. Und es gibt dafür auch schon bereitstehende Instrumente: Schauen Sie sich die Internetplattform www.weltbeweger.de an, die von der Stiftung Bürgermut (mit Bundesmitteln!) entwickelt worden ist. Es bleibt vielerorts noch schwierig genug, eine bessere Wirksamkeit in die Tat umzusetzen. Auch aus den Fehlern anderer zu lernen, ist (noch) nicht so leicht.

Eine bessere Absprache des Vorgehens, womöglich eine ständig weiterzuentwickelnde gemeinsame **Engagementstrategie pro Region**, und in den einzelnen Landkreisen, das wäre ein Stück mit verteilten Rollen, in das jeder seine volle Energie und seine besonderen Stärken einbringen und seine eigene Wirkung mit der Kraft anderer Mitstreiter erheblich stärken könnte. Was wir brauchen ist Musik, nicht Krach!

Fest steht: Es ist unverzichtbar, dass wir alle gemeinsam als Bürgerinnen und Bürger genau die Bürgergesellschaft aufbauen, in der wir in Zukunft leben wollen. Bleiben Sie dran und schliessen Sie sich mit anderen gleichgesinnten zusammen, damit wir auch unter schwierigeren Rahmenbedingungen gemeinsam eine solidarische und gerechte Gesellschaft erhalten können. Ich schließe mit dem Titel meines Buches: „Wir brauchen Euch!“